



Ausgabe 1 - 2020

aj - die Arbeiter*innen und Bäuer*innen Jugend

aj



Editorial

Liebe Leser*innen,

nachdem wir uns schon bei Rosa & Karl im Januar mit der DDR, ihrem Ende und den Nachwirkungen bis heute beschäftigt haben, dreht sich auch diese Ausgabe der aj um das Thema. Ihr findet im Folgenden Artikel, die sich aus verschiedenen Perspektiven mit dem Scheitern der Revolution in der DDR, den Erfahrungen in den 90er Jahren in Brandenburg und der Frage beschäftigen, was „ostdeutsch“ heute eigentlich heißt. Außerdem schildert das Archiv der Arbeiterjugendbewegung, wie nach 1990 die Falken in den neuen Bundesländern wiedergegründet wurden. Schließlich könnt ihr am Ende nicht nur testen, wie ostdeutsch ihr eigentlich seid, sondern bekommt auch einen Rezeptvorschlag aus der Redaktion. Neben dem Schwerpunkt gibt es neues aus dem Verband: Die AG „Lernen und Gedenken gegen rechten Terror“, die seit der Bundeskonferenz 2019 besteht, stellt sich und ihre Arbeit vor.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen

Eure aj-Redaktion

02

Der kurze Herbst der Utopie: Die gescheiterte Revolution von 1989

Sascha Döring

04

#baseballschlaegerjahre: Deutsche Kontinuitäten

Michael Eckbusch

06

„Wenn Mutti früh zur Arbeit geht...“: Die zwiespältige Freiheit von Frauen in der DDR

Jana Herrmann

08

Ostdeutsch – was ist das eigentlich? Ein persönlicher Definitionsversuch

Steffen Göths

10

Jugendkulturelle Umbrüche in Ost und West: Die Falken in den neuen Bundesländern nach 1989

Maria Daldrup

12

Die imaginären Blumen an der Kette und das Ende der DDR

Jan

14

„Lernen und Gedenken“: Rechtem Terror entgegentreten

AG Gedenken

16

Arbeitsmarkt oder Arbeitszwang - Wie ostdeutsch bist du?

Rezept: Original Jägerschnitzel



Wahlkampf: Vereinigte Linke und Marxistische Partei Die Nelken. Ohne Unterstützung aus dem Westen.

Bundesarchiv, Bild 183-1990-0311-013 / Weisflog, Rainer / CC-BY-SA 3.0

Der kurze Herbst der Utopie: Die gescheiterte Revolution von 1989

Der Medienrummel um den 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer fiel erwartungsgemäß überschwänglich aus. Eindrucksvolle Bilder von Deutschen, die sich voller Freudentränen in den Armen lagen, einprägsame Erinnerungen und natürlich allerlei Anekdoten aus Ost und West. Menscheln musste es, denn der Mauerfall und die Wiedervereinigung bilden bis heute den Dreh- und Angelpunkt der nationalen Erzählung des neuen deutschen Selbstbewusstseins. Die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR hat schließlich nicht nur bewiesen, dass der Sozialismus nicht funktioniert, sondern dass Ossis am Ende eben doch schon auch Deutsche sind.

Gerade diese neuen Deutschen bleiben aber die Problemkinder der Republik. Bundespräsident Steinmeier appellierte, man möge nun endlich auch die Mauern des Hasses und der Entfremdung

niederreißen, denn entfremdet hätte man sich in den letzten 30 Jahren. Der Aufstieg der „Alternative für Deutschland“ gerade im Osten sowie diverse Umfragen, die den Ostdeutschen eine wachsende Distanz zu jenem Staat bescheinigen, dem sie damals doch freiwillig und voller Zuversicht beigetreten waren, machen die ostdeutsche Wiederdeutsche-Werdung zu einer eher zweifelhaften Erfolgsgeschichte.

„Lasst euch nicht verWenden“

Dabei wollten die meisten DDR-Bürger*innen im November 1989 noch gar keine neuen Deutschen werden. Bis zum Dezember ergaben verschiedene Umfragen deutliche Mehrheiten für den Fortbestand einer eigenständigen DDR. Jeder weiß heute, dass der autoritäre Herrschaftsapparat des Politbüros der SED zu diesem Zeitpunkt politisch und moralisch

bereits völlig bankrott war. Dass der Kapitalismus des goldenen Westens damals von den meisten Menschen (noch) nicht als vernünftige Alternative akzeptiert wurde, ist mittlerweile erklärungsbedürftig geworden. Als sich am 4. November 1989 eine halbe Million Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz zu einer riesigen Demonstration versammelten, ernteten Christa Wolf, Stefan Heym und viele andere noch großen Applaus, als sie für einen demokratischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz eintraten. Schon zu diesem Zeitpunkt mahnte ein vorausschauendes Protestschild: „Lasst Euch nicht VerWENDen“.

Als im Herbst 1989 hunderttausende Menschen von Rostock bis Plauen auf die Straße gingen, standen auf einmal alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zur Disposition. In der ganzen Republik wurden unzählige neue Zeitungen in der Hoffnung auf freie Medien

jenseits staatlicher Informationsmonopole gegründet – selbstorganisiert und von unten.

Besonders die Betriebe erlebten damals ihren „kurzen Herbst der Utopie“. Organisierte Gruppen oder einzelne Kolleg*innen stellten weitreichende Forderungen nach betrieblicher Mitbestimmung und initiierten die Gründung alternativer Interessenvertretungen. Renate Hürtgen und Bernd Gehrcke haben das Aufbegehren der ostdeutschen Arbeiter*innen in ihrem Buch „Der betriebliche Aufbruch 1989“ eindrucksvoll dokumentiert: „Es war die Hochzeit eines ersten eigenständigen Suchens nach Jahrzehnten der Unterdrückung kollektiver Diskussionen und Aktionen der Belegschaften.“

Diese Politisierung war weder den Eliten im Osten, noch denen im Westen geheuer. Während das Politbüro darüber nachdachte, wie man den „Dampf vom Kessel ablassen“ konnte, hatten die westdeutschen Eliten ebenfalls kein Interesse daran, dass nun etwa auch die eigene Bevölkerung auf die Idee kommen könnte, die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft in Frage zu stellen.

„Wir sind das ein Volk“

Als am 9. November 1989 unkontrolliert die Grenzen geöffnet wurden, spielte der DDR-Herrschaftsapparat nicht zum ersten Mal den BRD-Eliten in die Hände. Während die Menschen gerade erst dabei waren, die Ausdrucks- und Organisationsformen der gesellschaftlichen Umwälzung zu entwickeln, drängten die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Westens mit aller Härte in den Osten. Als der Zentrale Runde Tisch der DDR¹ Anfang 1990 beschloss, keine Einmischung westdeutscher Parteien im Wahlkampf zuzulassen, wurde er schlicht ignoriert.

Peter Radunski, damals Chef der Öffentlichkeitsarbeit der CDU (West), beschreibt die Arbeit seiner Partei folgendermaßen: „Wir haben sehr frühzeitig gewissermaßen die Aufgaben aufgeteilt: ihr Hessen, ihr kümmert euch um Thüringen beispielsweise, ihr Württemberger um Sachsen. Wir haben sie alle gebeten, helft.“ Schon früh lancierten West-CDU und BILD-Zeitung die Parole „Wir sind ein Volk!“, welche nach und nach den bis dahin bekannten Spruch „Wir sind das Volk!“ verdrängte. In den folgenden Monaten schmiedete die CDU, gemeinsam

mit den neuen Parteien Demokratischer Aufbruch und der weit rechts stehenden Deutschen Sozialen Union, das Wahlbündnis Allianz für Deutschland. Man setzte auf ungehemmten Nationalismus und die Verbreitung von Panik vor einem angeblich bevorstehenden ökonomischen Zusammenbruch. Die Kernbotschaft: Nur ein schneller Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 GG kann die drohende Katastrophe abwenden. Der Journalist Peter Nowak schreibt in diesem Zusammenhang völlig zurecht, dass die großen Demonstrationen in der DDR nach und nach den „Charakter von Pegida-Vorläufern“ annahmen.

Zwischen Anpassung und Widerstand

Die Mischung aus nationalistischer Propaganda und ökonomischer Panikmache inmitten der allgemeinen Verunsicherung zeigte ihre Wirkung schnell. Als die Allianz für Deutschland die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 mit überragender Mehrheit gewann, war der Kampf praktisch entschieden. In den Betrieben hatten westdeutsche Gewerkschaften seit Februar darauf gedrängt, ihre Strukturen in den Osten auszuweiten und Betriebsratswahlen nach westdeutschem Muster durchzuführen. Bernd Gehrcke und Renate Hürtgen bemerken trocken, dass es in dieser Entwicklung keinen Platz mehr für Experimente gab. Konnten die kritischen Gewerkschafter*innen anfangs noch ganze Belegschaften mobilisieren, „gerieten sie mit ihren ursprünglichen Intentionen schnell ins Abseits. An die Stelle des Suchens und Ausprobierens trat ein pragmatisches Sich-zurechtfinden in den neuen marktwirtschaftlichen Strukturen.“

Die neuen selbstorganisierten Zeitungen konnten sich indes nicht mit den großen Medienkonzernen aus dem Westen messen, die den ostdeutschen Markt nun mit Printerzeugnissen zu Dumpingpreisen überschwemmten. Eine Redaktion nach der anderen musste ihre Arbeit einstellen.

Nachdem am 3. Oktober 1990 die DDR dann ökonomisch und institutionell vollständig abgewickelt wurde, begannen im Osten die langen Jahre zwischen Anpassung und Widerstand gegen die neuen Verhältnisse. Die nationalistische Propaganda der Wendezeit wirkte noch. Die von der umstehenden Bevölkerung bejubelten Angriffe

von Neonazis auf die Unterkünfte vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) sind dafür nur die bekanntesten Beispiele. Auch westdeutsche Nazikader hatten zu diesem Zeitpunkt den Osten bereits als lukrativen Absatzmarkt für ihre politischen Angebote entdeckt.

An eine selbstorganisierte gesellschaftliche Umwälzung war zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr zu denken. Dennoch verlief der Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft im Osten nicht so reibungslos, wie es die herrschende Geschichtsschreibung suggeriert. Obwohl dies nahezu aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden ist, erlebten die „neuen Bundesländer“ zwischen 1990 und 1994 eine massenhafte Welle von Abwehrkämpfen, die zu hunderten wilden Streiks bis hin zu Betriebsbesetzungen führten. Im thüringischen Bischofferode besetzten 1993 etwa 500 Kumpel das ehemalige Kaliwerk Thomas Münzer. Um die Schließung zu verhindern, traten sie letztlich sogar in den Hungerstreik und sorgten bundesweit für Aufsehen. Abwenden konnten sie die Schließung und das anschließende Absterben der Region nicht, obwohl das Werk zu den exportstärksten in ganz Deutschland gehörte.

Bini Adamczak äußerte sich letztes Jahr in einem Interview über die vergessenen Kämpfe der ostdeutschen Arbeiter*innen: „Diese Niederlage wurde nie umfassend aufgearbeitet. Wir können nur vermuten, dass eine solche nicht betrauerte Niederlage beim Versuch, sich gegen die Mächtigen zu wehren, ein Grund ist für spätere Entscheidungen, auf Schwächere loszugehen und sich mit den Mächtigen zu identifizieren.“

Es wäre die Aufgabe der politischen Linken in Ost und West, die kollektive Erinnerung an die gescheiterte Revolution von 1989, an ihre Möglichkeiten und ihre Niederlage, aber auch an die sieglosen Arbeiter*innenkämpfe in Ostdeutschland nach 1990 aufzubereiten und neu zu erzählen. Ein Leben, das nicht erzählt werden kann, schreibt der Ostberliner Historiker Karsten Krampitz, macht Menschen krank.

Sascha Döring, LV Thüringen

¹Der Zentrale Runde Tisch der DDR wurde auf Initiative der Bürgerrechtsbewegung „Demokratie jetzt!“ einberufen. An ihm versammelten sich Vertreter*innen der Oppositionsgruppen, sowie der SED und der staatstragenden Massenorganisationen. Am 7. Dezember 1989 trat er das erste Mal zusammen. Das Gespräch moderierten Kirchenvertreter*innen

#baseballschlägerjahre: Deutsche Kontinuitäten

Neunzehnhundertneunzig

Ende September 1990 war ich in der BRD gerade in die 11. Klasse gekommen und galt in meiner bildungsbürgerlichen Schule als das, was ein paar Jahre später nur noch „Zecke“ heißen sollte. Westdeutsch sozialisiert wurde mir vor der Wende oft empfohlen nach „drüben“ zu gehen. Das war die freundliche Variante. Die weniger Freundliche: in den Sack packen und über die Mauer werfen. Der Tag der deutschen Einheit stand erstmalig bevor. „Weltgeschichte“ wie mein Geschichtslehrer betonte. Die man feiern müsse. Ich war anderer Auffassung.

Neunzehnhundert-dreiundneunzig

Ziemlich genau drei Jahre später ging ich nach Berlin. In Berlin gab es aber genug Zecken. Gemeinsam mit Genoss*innen aus meinem Jugendverband beschlossen wir, linke Strukturen in Brandenburg aufzubauen – und so waren viele von uns bald mehr in Brandenburg als in Berlin unterwegs. Das war Mitte der Neunziger. In dem Zeitraum, der in den letzten Monaten als #baseballschlägerjahre durch die Medien ging und die Manja Präkels in ihrem sehr lesenswerten Buch „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ ins Bewusstsein zurückholt.

Neunzehnhundertvierundneunzig ff.

Ich habe diese Baseballschlägerjahre aus einer privilegierten Position heraus miterlebt: ich fuhr nach Gruppentreffen, nach Veranstaltungen, Demonstrationen und Partys zurück ins relativ sichere Berlin. Die Genoss*innen vor Ort mussten bleiben. Sie ertrugen die Bedrohung, sie hatten keine Wahl. Die Angst auf dem Schulweg, von der Schule nach Hause, auf dem Weg zu Partys und in den Jugendclub. Ich glaube - Ironie der Geschichte - sie hatten viel weniger Angst als wir, die wir aus Berlin kamen und mit den Orten, den Sozialstrukturen und dem Leben in der Savanne nicht vertraut waren. Und doch haben viele von ihnen, unabhängig davon, ob der rassistische Mob über sie hergefallen und sie ins nächste Krankenhaus geprügelt hat oder nicht – bis heute einen an der Klatsche, wenn sie in ihre

Dörfer zurückkehren. Hier soll aber nicht über andere geurteilt werden, die deutlich mehr Bedrohung erfahren haben, die regelmäßig damit konfrontiert waren, dass die Völkischen über sie oder Freunde herfielen.

Alltagsbedrohung, Umgang und (Spät)folgen

Ich kann nur feststellen: ich habe bis heute einen an der Klatsche. Vor allem wenn ich mich abends durch Brandenburg bewege. Die Zeit hat Spuren und Verhaltensweisen hinterlassen, die ich scheinbar nicht mehr ablegen werde.

Wenn ich alleine mit dem Zug durch Brandenburg fahre, steige ich bis heute immer in den ersten Waggon ein. Das habe ich mir angewöhnt in den Neunzigern. Auf den vielen Fahrten nach Blankenfelde, Mahlow, Zossen, Bad Freienwalde, Frankfurt/Oder, Rathenow, Senftenberg. Vom ersten Wagen aus konnte man immer den Bahnsteig nach Nazis abschnappen und im Zweifelsfall den Zug schnell verlassen.

Das funktionierte nicht immer, gab aber ein größeres Sicherheitsgefühl. Als wir auf dem Weg zum Gruppentreffen nach Frankfurt waren, stieg in Pillgram der halbe „Stützpunkt“ der JN ein. Wir bemerkten sie zu spät. Sie entdeckten uns sofort, zogen ihre „Hasskappen“ über und kamen brüllend mit „Antifa, hahaha!“ auf uns zu. Nur der geistesgegenwärtigen Reaktion meiner Begleiterin ist vermutlich zu verdanken, dass die Nazis sich (vorerst) kleinlaut zurückzogen. Unglaublich, was ein „Ihr seid ja süß“ bei testosterongesteuerten Schwachköpfen auslösen kann. Leider hielt die Wirkung nur bis zum Frankfurter Bahnhof an. Wir rannten in den Supermarkt, sahen wie die Nazis vor der Tür auf uns warteten. Und dann passierte etwas Seltenes: es wurde geholfen. Nicht von der Polizei, auf die war geschissen. Wenn man sie brauchte kam sie nicht und wenn sie kam, brauchte man sie nicht. Die unerwartete Hilfe kam von der Kassiererin, die uns durch den Lieferantenzugang raus ließ. Von dort ging es dann im Laufschrift zum Gruppentreffen.

Gruppentreffen wurden nicht nur inhaltlich vorbereitet. Auch die Anreise wurde fein orchestriert. Es war immer klar, dass man bei der Ankunft am Bahnhof abgeholt wurde, damit niemand alleine laufen muss. Das war nicht nur zu Gruppentreffen so, sondern wurde schnell zur Alltagspraxis. Ankunftszeiten wurden mitgeteilt, die Genoss*innen warteten am Bahnhof. Alleine gehen versuchte man zu vermeiden. Wenn ich es mal musste, war der Blick in alle Richtungen stets präsent. Etwas, das bis heute geblieben ist, wenn ich mich im ländlichen Raum fortbewege. Ich kenne immer noch Leute, die auch mit dem Abstand zweier Jahrzehnte nur mit mulmigen Gefühl in ihre Herkunftsorte fahren und aus diesem Anlass manchmal ein Knüppelchen im Auto parat haben.

Keine falschen Vertraulichkeiten

Im Oktober 2018 schrieb Daniel Schulz in der taz einen wegweisenden Artikel: In „Wir waren wie Brüder“ beschreibt er seine Jugend in der Nachwendezeit. Er beschreibt, dass die meisten die Rechten kannten. Nicht nur aus der Fernperspektive, sondern von Nahem – zum Teil mit ihnen befreundet waren und im nächsten Moment vor ihnen davon liefen. Auch ich habe solche Erfahrungen gemacht, obwohl ich nicht vor Ort gelebt habe. Zum Beispiel in einer weiteren Episode in Frankfurt/Oder. Mitte der Neunziger saß natürlich auch die NPD im lokalen Parlament. Am Oderturm kam mir freundlich grüßend der NPD-Stadtverordnete der JN entgegen. Es fehlte nur noch der persönliche Handschlag und ein bisschen Smalltalk, ein „Und, was hast du heute Abend vor?“. Und doch war sonnenklar: Begegne ich dem Pfosten mit seiner Teutonengang, wird er im Zweifel der erste sein, der mit mir „Pflastersteinbeißen“ spielt.

Die rechte Hegemonie brechen – danke, Antifa

Cooler Leute, die sich ihren Verstand nicht vernebeln ließen, widerständig waren und Haltung zeigten, gab es fast überall. Ich war und bin froh um jede Straße, jedes Dorf und jede Stadt, die eine funktionierende Antifa hat. Die Nazistrukturen aufdeckt, Nazis beim Namen nennt

und im Zweifel auch vor Konflikten nicht zurückschreckt. Auch in vielen Kiezen Berlins konnte man sich nur aus einem Grund relativ frei bewegen: weil es eine starke Antifa gab, die keinen Zweifel daran ließ, dass sie Nazis nicht nur nachhause diskutieren wird, sondern im Zweifelsfall auch nachhilft. Dort, wo es keine Antifa oder keine starken linken Strukturen gibt, ist auch die „Zivilgesellschaft“ schwächer, können Nazis frei und ungehemmt agieren. Sie können Räume besetzen und eine Meinungshoheit demonstrieren, unabhängig davon, ob sie sie real haben oder nicht.

Kontinuitäten

Ich habe nie in Brandenburg gewohnt, aber fast immer in Brandenburg gearbeitet. Weder die Baseballschlägerjahre noch Nazis sind ein Brandenburger

oder ostdeutsches Problem, sondern ein gesamtdeutsches. Diejenigen, die uns vor zwanzig Jahren auf die Fresse gehauen haben, diejenigen, die in Rostock, Mölln und Solingen zur Menschenjagd geblasen haben, sind nicht verschwunden. Es sind dieselben Leute, die wenig später als NSU oder heute in Hanau Menschen abknallen. Der rechte Terror von heute hat eine Vorgeschichte, die sich durch die Geschichte von 70 Jahren Bundesrepublik zieht: Eine des Ignorierens, Schweigens und Verharmlosens.

Der Hamster und sein Laufrad

Damals wie heute gilt es, nicht an der Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu verzweifeln. Auch wenn die Ignoranz gegen rechten Terror das nahe legt und der Politikbetrieb seine Betroffenheit demonstrativ vor sich herträgt. Es ist nicht die Zeit, mit den deutschen Verhältnissen Frieden zu schließen. Es ist Zeit, weiterhin wie der Hamster im Laufrad Strukturaufbau in der Fläche zu betreiben.

Michael Eckbusch,
LV Brandenburg





„Wenn Mutti früh zur Arbeit geht...“: Die zwiespältige Freiheit von Frauen in der DDR

Das heutige Bild vom Leben als Frau in der DDR ist stark davon geprägt, dass es eine enorm hohe Beschäftigungsrate unter Frauen gab: Ende der 1980er Jahre waren 91% der Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik berufstätig. Wohlwollend betrachtet kann diese Tatsache als Beweis für die vorherrschende Geschlechtergerechtigkeit ausgelegt werden, denn Berufstätigkeit galt als Recht der Frau, das ihr materielle Unabhängigkeit verschaffte. Währenddessen hieß es im Gesetz der BRD noch bis 1976: „Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.“ (§ 1356 BGB Absatz 1) Dass sich das emanzipierte Selbstbild der Frauen stark über ihre Identifikation mit der Vollzeit-Berufstätigkeit bildete, war jedoch nicht zuletzt Ergebnis einer ausgeprägten Propaganda in Fernsehen, Literatur und am Arbeitsplatz. Die Vereinbarkeit von Mutterrolle und Arbeitsplatz wurde zu einer Selbstverständlichkeit stilisiert, deren gesetzliche Rahmenbedingungen längst geschaffen worden seien. Tatsächlich schuf die DDR mit der Zeit eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung in Bezug auf Ehe, Scheidungsrechte und später auch Abtreibungen. Trotzdem waren auch in der DDR Geschlechterrollen fest in das gesellschaftliche Denken zementiert.

Heldinnen der Arbeit

Obwohl auf vielen repräsentativen Bildern Frauen in Fabriken, mit Bauarbeiter*innenhelmen und

kraftvoll zupackend inszeniert werden, findet auch in der DDR eine Geschlechtertrennung in der beruflichen Sphäre statt. Das Feld der Berufswahl ist für Mädchen beschränkt auf eine Handvoll Facharbeiter*innenberufe. Im Wesentlichen arbeiteten sie im Handel, im Bildungswesen und im Gesundheitssektor. Zwar gibt es einen höheren Anteil von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen, aber sie hängen stark vom wirtschaftlichen Bereich ab und auch eine klare gläserne Decke ist erkennbar: Je mächtiger der Aufgabenbereich, desto mehr dünnt sich der Frauenanteil aus. Auch reproduktive Arbeit ist in der DDR eindeutig ungleich verteilt. So wird in Frauenzeitschriften zwar die klare Mitverantwortung des Mannes für Haushalt und Kindererziehung benannt, aber auch recht lapidar deren mangelnde Umsetzung konstatiert: „Sicher, den jungen Mann, der öffentlich die Ansicht vertritt, Hausarbeit sei ‚Weibersache‘, den muß man heutzutage bei uns schon suchen. (...) Die theoretische Einsicht, daß gleichberechtigte Partnerschaft auch heißt, gemeinsam für die Erziehung der Kinder und die Haushaltsführung Verantwortung zu tragen, sich die Pflichten gerecht zu teilen, damit man Zeit füreinander und jeder auch welche für sich hat – diese Einsicht ist bei unseren jungen Männern durchaus da. Doch mit der Praxis hapert’s eben noch.“ („Für dich“ 10/87, S.15).

Zum Ausgleich von dieser beruflichen und privaten „Doppelbelastung“ wird ab 1952 in Ostdeutschland ein monatlicher „Haushaltstag“

gewährt, der ausschließlich von Frauen genommen werden kann. Da diese Freiheit für verheiratete Männer nicht vorgesehen ist, scheint das Geschenk aus feministischer Perspektive eher zwiespältig.

Bei alledem spielte auch die Mutterrolle für den Aufbau des Sozialismus eine enorme Rolle: Die Förderung der Geburtenzunahme ist ein erklärtes gesetzliches Ziel. Gleichzeitig ist es systemrelevant und auch politisch gewollt, Frauen in die Arbeitsprozesse zu integrieren. Um diesen Spagat zu ermöglichen, werden im Laufe des Bestehens der DDR wiederholt sozialpolitische Reformen durchgeführt. Daraus entsteht auch die durchgängig sehr gute Betreuungssituation für Kinder in der Krippe schon nach einem Lebensjahr. In Bezug auf Verhütung, Abtreibung oder Scheidung kann man die ostdeutsche Politik jedoch nur als Prozess sehen, in welchem sich die Narrative und Strategien mehrfach änderten.

Dr. Sommer versus sozialistische Orgasmen

So auch in Bezug auf Schwangerschaftsverhütung und -beendigung. Die Pille zur Empfängnisverhütung kommt 1965 als „Wunschkindpille“ auf den Markt. Ein Begriff, der sich betont von der vier Jahre zuvor in Westdeutschland eingeführten Anti-Baby-Pille abgrenzen und den Aspekt der Familienplanung bestärken soll, in der nicht die Frage nach einem Kinderwunsch generell, sondern nach dem Zeitpunkt der Familiengründung im Mittelpunkt steht. Die Pille wird aber nicht

Die Clara

„Clara“ ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der „Gleichheit“, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.



einfach nur zugelassen, sondern als Element weiblicher Selbstverwirklichung und Gleichberechtigung aus dem SED-Politbüro gefeiert und ab 1972 kostenlos ausgegeben. Begleitet wird die Einführung sogar von einer staatlichen Aufklärungskampagne, die sexuelle Lust zu einem wichtigen Bestandteil des ‚Glücks im Sozialismus‘ erklärt. Währenddessen kämpft im Westen Dr. Sommer noch ein halbes Jahrzehnt später gegen die verbreitete Annahme, Masturbation mache krank.

Mit der Gesetzgebung zur Abtreibung hingegen gibt man sich zunächst weniger locker. Im ostdeutschen „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ von 1950 werden für eine Abtreibung zunächst strenge Bedingungen zugrunde gelegt, unter anderem eine gesundheitliche Indikation für den Eingriff sowie der Gang vor eine Kommission, die „sich aus Ärzten, Vertretern der Organe des Gesundheitswesens und des Demokratischen Frauenbundes“ (§11, Absatz 3) zusammensetzt. Die BRD übernahm indes den §218 aus der Nazizeit, welcher Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich verbietet und hat ihn auch nicht abgeschafft. Stattdessen gewährleistet der Paragraph bis heute lediglich Straffreiheit unter bestimmten Bedingungen.

Anfang der 1970er Jahre protestierte die Frauenbewegung im Stern mit der „Wir haben abgetrieben“-Kampagne gegen das Abtreibungsverbot. Die Zahl der Todesfälle aufgrund von missglückten illegalen Abtreibungen ist auch in der DDR alarmierend. Die Volkskammer beschließt schließlich 1972 eine Gesetzesänderung hin zur Fristenlösung, die nicht wie üblicherweise einstimmig, sondern mit einigen Gegenstimmen verabschiedet wird. Im selben Rutsch werden Verhütungsmittel kostenfrei, vielleicht ein profeministischer Akt, vielleicht aber auch ein Hinweis darauf, dass das neue Abtreibungsgesetz nur zähneknirschend durchgesetzt wurde. Eine kontroverse öffentliche Debatte über Schwangerschaftsabbrüche gibt es jedoch nur in Westdeutschland, in der DDR läuft all das eher unter dem Radar.

„Wenn Mutti früh zur Arbeit geht,
Dann bleibe ich zu Haus.
Ich binde eine Schürze um
Und feg die Stube aus.“

Das Essen kochen kann ich nicht,
Dafür bin ich zu klein.
Doch Staub hab ich schon oft gewischt.
Wie wird sich Mutti freu’n!

Ich habe auch ein Puppenkind,
Das ist so lieb und fein.
Für dieses kann ich ganz allein
Die richt’ge Mutti sein.“

(Kurt Schwaen, 1951)

Zur Ehe animiert, zur Arbeit angeregt und am Ende abgekindert

Aus feministischer Sicht besonders spannend ist auch der Bereich Ehe- und Scheidungsrecht der Deutschen Demokratischen Republik, da er darauf ausgelegt ist, Frauen nicht ökonomisch abhängig von ihren Ehepartnern zu machen. Um pronatalistische, also geburtenfördernde Bedingungen zu schaffen, sollen junge Paare zu einer frühen Eheschließung animiert werden. Sie erhalten zur Hochzeit beispielsweise einen großzügigen staatlichen Ehekredit für die Wohnungseinrichtung, der „abgekindert“ werden kann: Die Rückzahlungssumme reduziert sich mit jedem Kind. Dass aber jungen Menschen der Schritt zur Ehe leichter fällt, wenn er auch unkompliziert wieder rückgängig gemacht werden kann, fließt ebenfalls in die politische Planung mit ein. Ehescheidungen sind daher unkompliziert und nicht teuer. Frauen steht nur in den seltensten Fällen ein Unterhalt zu, sie sollen selbst zur Erwerbsarbeit „angeregt“ werden, obwohl meist ihnen das Sorgerecht für die in der Ehe entstandenen Kinder zugesprochen wird. Trotzdem wird der Großteil der Scheidungsanträge von Frauen gestellt. Dies ändert sich lediglich vorübergehend, als am 3. Oktober 1990 die Angleichung an die Rechtslage der BRD winkt. Da dort geschiedene Frauen mit Kindern meist eine unbefristete Unterhaltszahlung beanspruchen können, warten viele Mütter mit ihrem Scheidungsantrag, der sie unter Westbedingungen finanziell besser absichert.

Das Leben von Frauen in der DDR war von den Themen Berufstätigkeit und Mutterrolle also stark geprägt. Dass das Politbüro der SED



Frau auf dem Weg zur Arbeit in Radebeul,
ca. 1960er Jahre

die vollständige Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit proklamierte, wirkte sich dabei mal mehr, mal weniger positiv auf ihre Lebensumstände aus. Den Frauen der Nachwendezeit hätte es an vielen Stellen also sicherlich genützt, wenn die Frauenpolitik von Ost und West nach 1989 vereint worden wäre, statt die BRD-Gesetzgebung dem Rest des Landes überzustülpen.

Jana Herrmann, BZ Westliches
Westfalen

Ostdeutsch – was ist das eigentlich? Ein persönlicher Definitionsversuch

Trotz aller Beteuerungen, Verweise auf zeitliche Abstände und das Ende bestimmter Staaten bleibt eine Sache doch bestehen: Ich bin Ostdeutscher, Punkt. Es ist keine Eigenschaft, die man mir ansehen kann und durch mein antrainiertes Hochdeutsch kann man es mir auch nicht sofort anhören (zumindest, wenn ich mir Mühe gebe). Ich gehe auch nicht unbedingt damit hausieren (Freund*innen und Genoss*innen mögen das allerdings anders sehen). Es ist viel subtiler, es sind etwa Begriffe, die in der DDR verwendet wurden, wie Broiler, Plaste oder Sonnabend. Es sind die Geburtstagslieder, die ich zusätzlich kenne. Es sind die Geschichten, die ich von zuhause kenne und die mir DDR und Wende anders erklären, als es Geschichtsbücher können. Es ist das Gefühl, zu irgendwas dazuzugehören, das ich nicht so richtig erklären kann und das es so wahrscheinlich gar nicht gibt. Es ist

die Erfahrung, dass viel über mich geredet wird und wenig mit mir.

Zurück zum Start...

Ostdeutschsein ist für mich an sich eine relativ neue Erfahrung. Während meines Aufwachsens in Brandenburg war das wenig Thema, denn wir waren ja alle Ostdeutsche. Die Gegend war damals eine, aus der man weggezogen ist und daher gab es de facto keine Westdeutschen, die in der Klasse bei "Weil heute dein Geburtstag ist" nicht mitsingen konnten oder falsche Vorstellungen vom Jägerschnitzel hatten. Das Erwachsene bei Familienfeiern viel von früher erzählen, dürfte eine allgemeine Konstante sein und so hat sich mir die Bedeutung des Begriffs "Ostzeiten" nur wenig und vor allem spät erschlossen. Die DDR kannte ich aus ungefähr zwei Perspektiven, als Erfahrungsort meiner Familie

und als Schreckgespenst aus dem Fernsehen und dem Geschichtsunterricht.

Ein markanter Moment meiner ostdeutschen Identitätsentwicklung war der Beginn meines Studiums in Berlin. Gewissermaßen von jetzt auf gleich war ich Teil der Minderheit jener, die ihr Abitur in Leipzig, Magdeburg oder Zwickau gemacht hatten, gegenüber denen, die Schulen in Mainz, Bremen oder Aachen besuchten. Lange dachte ich, dass es bei unserer Generation keine wirklichen Unterschiede mehr gibt, außer jene, die es auch unter Ostdeutschen gibt, weil etwa Schulsysteme je unterschiedlich funktionieren. Womit ich jedoch konfrontiert wurde, war nicht nur Unwissenheit, sondern auch Vorurteile, die für mich mehr oder weniger schwer wogen. Mir einen sächsischen Dialekt anzudichten, war schnell erledigt, überrascht zu



KR 51 Schwalbe

sein, dass es Ossis gibt, die keine Nazis sind, hielt und halte ich für eine ziemlich Frechheit.

Strukturelle Unterschiede

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Lebensverhältnisse in beiden Landesteilen ungleich sind und Ostdeutsche von den gesellschaftlichen Zumutungen meist schwerer getroffen werden, das zeigte nicht zuletzt der massive Widerstand gegen die Hartz-Reformen. Natürlich gibt es auch in der alten Bundesrepublik Gegenden, die massiv von Arbeitslosigkeit und der Entwertung von Berufsbiografien geprägt sind. Das Ausmaß bleibt jedoch weit hinter der flächendeckenden Erfahrung Ostdeutscher zurück. Die Stichworte Hartz IV, 1-Euro-Job und ABM sind für so gut wie jeden nicht nur Begriffe aus den Nachrichten, sondern mit konkreten Personen aus dem engsten Umfeld verknüpft. Viele Kommunen im Westen beklagen derzeit die Belastung durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, der jetzt sozial abgefedert werden müsse. Die Schließung der letzten Steinkohlezeche im Ruhrgebiet wurde mit einem pathetischen, quasi-religiösen Akt in Beisein des Bundespräsidenten inszeniert. Dass das Ende der fossilen Energiegewinnung eine wesentliche Veränderung bedeutet, lässt sich nicht leugnen. Für mich bleibt da der bittere Beigeschmack, dass sich für den deutlich massiveren Strukturwandel im Osten lange niemand interessierte und die Schließung von Bergwerken in den 90er Jahren oft mit einem Achselzucken quittiert wurde. Diese seien schließlich nicht rentabel gewesen. Dasselbe Argument galt bereits seit 1957 für die westdeutsche Steinkohle, die mit insgesamt bis 300 Milliarden Euro subventioniert wurde. Hierfür setzten sich die Gewerkschaften allerdings ein, nicht jedoch für die ostdeutschen Kolleg*innen, auch nicht als etwa die Kumpel von Bischofferode 1993 in den Hungerstreik traten.

Nun habe ich selbst diese Verwerfungen nicht alle miterlebt. Vieles ist mir aus Erzählungen bekannt, vieles wurde über Jahre auch hinzugedichtet und weggelassen. Gleichzeitig bin ich gewissermaßen in eine Form kollektiven Gedächtnisses hinein sozialisiert worden, das mir spezifisch ostdeutsch

erscheint und das all diese Erfahrungen speichert und weitergibt. Es sind Erfahrungen existenzieller Not in Folge von Arbeitslosigkeit. Es sind aber auch Kränkungen, wenn Abschlüsse nicht anerkannt wurden oder Leitungspositionen durch angebliche Fachkräfte aus dem Westen neu besetzt wurden - häufig Personen, die "drüben" nicht ohne Grund keine vergleichbare Position bekommen hätten. Es sind die Erzählungen davon, wie Menschen von Versicherungsmakler*innen und Gebrauchtwagenhändler*innen betrogen worden sind. Diese häufig nicht bearbeiteten Verletzungen brodeln unter der Oberfläche und resultieren in einem diffusen Gefühl der Zurücksetzung und unterdrückter Wut.

Alles nur Heimatliebe?

Wenn ich all das anspreche, begegnet mir häufig Unverständnis. Mir wird entgegengehalten, dass sei doch alles lange her und der Osten sei ausreichend gefördert worden. Alternativ heißt es, ich solle doch froh sein, wie viele Möglichkeiten ich jetzt hätte. Als letzter Punkt wird im Zweifel noch die Position vertreten, die Ostdeutschen hätten das so gewollt und überhaupt solle man sich erstmal der eigenen Nazis annehmen, bevor man "jammern" dürfte. Letzteres macht mich tatsächlich wütend.

Es ist nicht bestreitbar, dass es ein massives Problem mit Nazis im Osten gibt. Die AfD sitzt mit je über 20% der Stimmen in allen ostdeutschen Landtagen und ist häufig zweitstärkste Kraft. Die Anzahl an Übergriffen und Morden an nicht-weißen Menschen, Wohnungslosen, Linken und alternativen Jugendlichen ist geradezu unüberschaubar. Da gibt es nichts abzustreiten, zu relativieren oder zu beschönigen. Das ist allerdings auch selten etwas, was man linken Ostdeutschen lange erklären müsste, immerhin sind viele von uns mit eben jenen Nazis in dieselbe Klasse gegangen. Dieser Umstand ändert aber auch nichts daran, dass im Zuge des Beitritts der DDR zur BRD die oben beschriebenen Verwerfungen aufgetreten sind, mit denen man sich beschäftigen muss, wenn man verstehen will, was in diesen gar nicht mehr so neuen Bundesländern passiert.

Schnell komme ich so in eine nicht sehr bequeme Verteidigungshaltung, die dann häufig als Heimatliebe oder Form von Lokalpatriotismus ausgelegt wird. Zugegebenermaßen beziehe ich mich durchaus positiv auf Ostdeutschland. Das hat etwas zu tun mit bestimmten Kindheitserinnerungen, etwa an ein bestimmtes Gericht, das es so nur hier gibt, oder an eine Straße in meiner Heimatstadt, in der viele meiner Freund*innen lebten, bevor sie - wie ich - weggezogen sind. Es hat auch etwas damit zu tun, dass viele Ostdeutsche solche Erinnerungsorte verlieren, weil Schulen zu groß geworden sind für schrumpfende Städte und weggerissen werden, manchmal auch ganze Stadtviertel. Es hat etwas mit den Menschen zu tun, die unter schwierigen Bedingungen immer noch den Mund auf und den Rücken gerade machen, wenn es darum geht, Rechten entgegenzutreten. Und es ist etwas, was Menschen aus anderen Gegenden dieser Republik selten negativ ausgelegt wird, wenn sie sich positiv auf Köln oder das Ruhrgebiet beziehen.

Was ist denn nun die Antwort?

Der kleinste Konsens, auf den sich all jene, die mit "ostdeutsch" gemeint sind, vielleicht einigen könnten, ist der eines geteilten Erfahrungsraumes, wobei die konkreten, individuellen Erfahrungen sehr unterschiedlich ausfallen werden. In meinem ostdeutschen Freund*innenkreis befinden sich Menschen aus Lausitzer Braunkohlefamilien, Menschen, die in Brandenburg aufwuchsen und deren Eltern westdeutsche Akademiker*innen sind, Menschen, die Rassismus erfahren, Kinder von Montagsdemonstrant*innen und jene, deren Väter bei den Grenztruppen waren. Wir alle werden auf die Frage, was ostdeutsch eigentlich ist, wahrscheinlich eine andere Antwort geben. Nur was ein Jägerschnitzel ist, da sind wir uns einig.

Steffen Göths,
LV Brandenburg

Es handelt sich hier um eine gekürzte Fassung eines Artikels zur Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick: Maria Daldrop/Sophie Reinlaßöder unter Mitarbeit von Katrin Augsten, Kalle Kusch, Jürgen Hitzges, Volker Honold, Eric Schley, Stephan Thiemann, Steffen Wiechmann: Jugendkulturelle Umbrüche in Ost und West. Einblicke in die Archivtagung 2019: „Der Aufbau sozialistischer Jugendorganisationen in den neuen Bundesländern nach 1989“, Mitteilungen des Archivs der

Arbeiterjugendbewegung (2019) I, S. 13-29.

Jugendkulturelle Umbrüche in Ost und West: Die Falken in den neuen Bundesländern nach 1989

Dreißig Jahre nach der politischen Wende in der DDR blickte das Archiv der Arbeiterjugendbewegung in seiner jährlichen Tagung im Januar 2019 auf das Jahr 1989 und den Aufbau sozialistischer Jugendorganisationen in den neuen Bundesländern zurück. Nicht nur das politische System hatte sich auf ostdeutschem, ja: osteuropäischem Boden verändert, alle Gesellschaftsbereiche waren mehr oder minder intensiv betroffen – nicht zuletzt jugendliche Lebenswelten.

Die 1980er Jahre in der DDR galten insbesondere für junge Menschen als ambivalente Zeit zwischen Hoffnung auf Aufbruch und Veränderung sowie Verunsicherung durch beispielsweise den Nato-Doppelbeschluss und den weiterhin latenten Ost-West-Konflikt. Der hinzukommende Missmut mit der als reformunfähig wahrgenommenen SED-Regierung in der DDR äußerte sich in Protesten, etwa der Friedensbewegung oder kirchlichem Engagement. Grundsätzlich aber fühlte sich das Gros der DDR-Bürger*innen solidarisch mit der DDR und auch dem sowjetischen System, insbesondere durch die Wandlungspolitik unter Gorbatschow.

Mit 1989 wurde die politische Wandlung zwar Realität, doch im Kleinen zeigten sich gravierende Leerstellen. Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) beispielsweise, die jahrzehntelang junge Menschen ab dem 14. Lebensjahr begleitet hatte,

verschwand nahezu sang- und klanglos. Neue Formen der Einbindung von Kindern und jungen Menschen, der Orientierung sowie sinnvolle Freizeitaktivitäten jenseits von Schule und Familie waren nicht von heute auf morgen zu finden.

Aufbau im Osten

Die SJD – Die Falken waren nicht der einzige Jugendverband, der sich in Ostdeutschland um diese jungen Menschen bemühte. Aber: das Sozialistische im Namen, das Blauhemd als Kluft, „Freundschaft“ als Grußwort waren Gemeinsamkeiten mit der FDJ, die es besonders spannend machen, den Ausgangspositionen, Selbstverständnissen und Perspektiven der Falkenarbeit in der ehemaligen DDR nachzugehen – allesamt Fragen, die weniger erforscht sind, als man denken mag. Viele dieser Aspekte wurden auf der Archivtagung in Vorträgen und Zeitzeug*innengesprächen diskutiert: Wie sah die Aufbauarbeit vor Ort aus? Welchen Herausforderungen musste begegnet werden? Gab es Unterstützung von staatlicher, parteilicher oder verbandlicher Seite? Wie wurden Mitglieder gewonnen? Welche Grundsatzdiskussionen um die Selbstverständnisse und Perspektiven der eigenen Arbeit wurden geführt?

Dabei war zunächst die Feststellung wichtig, dass die DDR in sich weitaus differenzierter war, als dies (teilweise bis heute) angenommen wird. Es gab oppositionelle Gruppierungen, jugendkulturelle Bewegungen und Subkulturen, wie die Blueserszene, Punks, Grufties oder Skinheads. Trotz unterschiedlichster Couleure sei man sich in einem einig gewesen, so berichtete der Jugendforscher Klaus Farin: „Dieses Land ist es nicht“ (Rio Reiser). Nach all der Aufrühr, der Aufbruchstimmung, den neuen Ideen, die aufgeworfen wurden, waren die Folgen von 1989 besonders ernüchternd: Die Menschen in der DDR, jung wie alt, die zuvor auf die Straße gegangen waren, glaubten, dass sie in diesem

Neubeginn eine wichtige Rolle spielen könnten – als Träger der friedlichen Revolution, als Ortskundige, als engagierte Bürger*innen. Doch statt Demokratie, so spitzte Farin auf der Archivtagung zu, gab es nur neue Herren: „Keine Wiedervereinigung, sondern ein Anschluss, eine ‚Kolonisierung‘ der DDR. Auch die Verbände – Jugendverbände – haben sich einfach in den Osten ausgedehnt, auch die Strukturen.“ Die Folge dieser geringen Partizipationsmöglichkeiten war eine Abkehr von der Demokratie und von den sie repräsentierenden Institutionen.

Eine schwierige Ausgangslage, um als Jugendverband aus dem Westen Fuß zu fassen. Der Vorteil der SJD – Die Falken lag hier sicherlich in einer gewissen Neugierde auf andere Lebenswelten, wie die Sozialarbeiterin Elvira Berndt erzählte. Diese Unvoreingenommenheit mag auch darin begründet liegen, dass die SJD – Die Falken von der politischen Entwicklung in der DDR durchaus überrascht wurden und entsprechend keine Pläne für einen Aufbau des Verbandes in Ostdeutschland vorlagen. Nachdem man sich aber nach heftigen Debatten auf dem Kasseler Bundesausschuss 1989 für eine Ausdehnung des Organisationsgebietes entschieden hatte, konnte der Aufbau im Jahr 1990 beginnen. Sukzessive wurden Falkenbüros in den neuen Bundesländern eingerichtet – zuerst in Ost-Berlin, es folgten Thüringen und Brandenburg im Jahre 1990, Mecklenburg-Vorpommern und schließlich Sachsen im Jahre 1991.

Wie ging es weiter?

Die Ausgangslage in Brandenburg beispielsweise war miserabel: Weder unterstützende Strukturen und Personal, noch Infrastruktur oder finanzielle Mittel waren ausreichend vorhanden. Dennoch widmete man sich in den verschiedenen Landesverbänden alsbald der Kinder- und Jugendarbeit in Form von Gruppenstunden, Zeltlagern, Gedenkstättenfahrten, der Teilnahme am IFM-Camp, Rosa- und Karl-Wochenenden und Winterschulen. All dies machte die SJD – Die Falken zusehends bekannter.



Falken in Thüringen

Erfurt (lth/OTN). Am vergangenen Wochenende hat die SJD – Die Falken einen Landesverband Thüringen gegründet. Die SJD – Die Falken ist ein politischer Kinder- und Jugendverband, der seine Mitglieder ab dem 6. Lebensjahr aufnimmt.

Die Besonderheit ihrer Arbeit in den neuen Bundesländern war den Falken bewusst, die Notwendigkeit aber auch: „Nach dem Zusammenbruch der staatlich organisierten Kinder- und Jugendarbeit gibt es kaum noch nicht-kommerzielle Angebote für Kinder und Jugendliche. Die sich verschärfende soziale Situation (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit) wirkt sich ebenfalls immer stärker auf Kinder und Jugendliche aus“, so konstatierte Andreas Strothmann, der den Landesverband Brandenburg mitgegründet hatte. Problematiken ergaben sich aber nicht nur aus strukturellen, finanziellen oder personellen Gründen, sondern zugleich aus politisch-ideologischen: Gerade eine Organisation wie die Falken, die sich den Sozialismus auf die Fahnen geschrieben hatte, musste sich gegenüber dem – noch kurz zuvor real existierenden – Sozialismus in der DDR und Sowjetunion positionieren. Dies passierte vielfach lapidar, so in einem Positionspapier als Beschluss des Bundesausschusses vom 17.2.1990: „Mit dem Zerfall des ‚real existierenden Sozialismus‘ ist die Ära einer totalitär-bürokratischen Parteidiktatur zu Ende gegangen, die wir nie als eine Verwirklichung des Sozialismus akzeptiert haben, die uns aber immer wieder als Bild des Sozialismus vorgehalten wurde, und die den Namen des Sozialismus diskreditiert hat. [...] Der massiven antisozialistischen Kampagne kann nur dadurch begegnet werden, daß wir an die ursprüngliche Idee des Sozialismus anknüpfen. Es ist die Vorstellung einer Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Alle diese drei Grundprinzipien hängen zusammen, ein Prinzip ist ohne das andere nicht denkbar.“ In Kontakt mit anderen bot das sozialistische Selbstverständnis in der Praxis sowohl Basis als auch Konfliktpotential. Die verschiedenen Welten – hier die (westlichen) Verbandsmitglieder der Falken, dort die jungen Menschen der ehemaligen DDR – kamen nicht immer harmonisch zusammen. So war für viele Jugendliche der ehemaligen DDR der Begriff des Sozialismus

„verbrannt“, das Blauhemd wurde von verschiedener Seite ebenso wie der Freundschafts-Gruß und die Falken-Fahnen als Provokation wahrgenommen. Antifaschismus hingegen wurde vielfach als einendes Element diskutiert. Vor diesem Hintergrund ist es kein

alten Bundesländern – eine neue, stabile und aus sich selbst tragende Struktur aufzubauen, wenn auch mit ungleichmäßiger Entwicklung: Während einige Kreisverbände ihre Arbeit komplett einstellen mussten, sind beispielsweise die Brandenburger Falken



Wunder, wenn auf den ersten Zeltlagern der neuen Ostverbände der Aufprall verschiedenster Alltagskulturen live miterlebbar wurde.

Verstärkt wurde dies nochmals durch die über Jahrzehnte in den Traditionen der demokratisch-sozialistischen Kinder- und Jugendbewegung gewachsenen Strukturen und Aktionsformen der SJD – Die Falken westlicher Prägung. Als Lösung galt es, bei der Aufbauarbeit die jungen Menschen vor Ort aktiv in die Falkenarbeit zu integrieren und ihnen Gestaltungsspielraum zu geben. Nur über eine solche Mitbestimmung und Solidarität, die Betonung von Freiräumen, die der*die Einzelne mit eigenen Ideen und Interessen ausfüllen konnte, sollte es gelingen, der Orientierungslosigkeit von jungen Menschen und einer potenziellen Demokratiedistanz etwas entgegenzusetzen. Obgleich man bisweilen neidisch auf die Häuser, Mitgliederzahlen und Strukturen westlicher Verbände geschaut hatte, so gelang es – auch vor dem Hintergrund eines organisationspolitischen Schwächung des Verbandes in den

nach wie vor sehr sichtbar und bringen sich mit politischen und selbstbestimmten Aktionen ein. Andreas Strothmann schloss seine Erinnerungen zu den Aufbaujahren mit den Worten: „[W]enn Du am Abend in der Kneipe in Potsdam saßt und sagtest zu Kneipenbesuchern, Du kämst von den Falken, dass die was damit anfangen konnten. Das war schon höchst erstaunlich und sehr erfreulich.“

Maria Daldrup, Archiv der Arbeiterjugendbewegung

In eigener Sache

Zum Thema „Sport“ hat fast jede*r eine Meinung – und der Rest ist genau davon genervt. Im Verband streiten wir uns über Fußball-Macker oder ob das doch alles gar nicht so schlimm ist – oder sogar gute proletarische Kultur. Auf dem Zeltlager diskutieren wir mit Kids, weil die keine Lust haben, Fußball zu spielen ohne die Tore zu zählen, aber wir keine Konkurrenz schaffen wollen. Jedenfalls scheint uns das Thema immer wieder einzuholen – Grund genug, „Sport“ zum Schwerpunkt-Thema unserer nächsten Ausgabe zu machen.

Wir freuen uns wie immer über eure Anmerkungen, euer Feedback und ganz besonders über Artikel für die nächste oder übernächste Ausgabe – nicht nur zum Schwerpunkt-Thema. Stellt euch vor, ihr sitzt bei Bier oder Mate mit Genoss*innen zusammen und sprecht über die Falken: Was diskutiert ihr? Meistens ist das sicher auch für viele andere Genoss*innen interessant – also nur keine Scheu, schickt uns eure Artikel und Ideen, egal zu welchem Thema!

Schreibt einfach an unsere Redaktionsadresse: sascha.doering@sjd-die-falken.de und/oder sprecht uns an. Redaktionsschluss ist der 12. Juli 2020.

Die imaginären Blumen an der Kette und das Ende der DDR

Über die Auswirkungen der „Wende“ und die Unsicherheit der Nachwendejahre wird bei der Erörterung des „inneren Stands der deutschen Einheit“ ja häufig geredet. Die Gutwilligen haben Mitleid, die Böswilligen sehen bloß „Jammer-Ossis“. Beide Ansichten erklären jedoch nichts. Die erste läuft zudem Gefahr, den Rechtsradikalismus und seine Gewalt nach 1990 zu relativieren („Er ist halt arbeitslos und ohne Perspektive geht er gerne mal auf Schwarze los. Man muss sich kümmern, man muss das akzeptieren, bei so viel Krise kann man schon einmal den Kopf verlieren.“ - Egotronic). Der zweiten erscheint es als Verrücktheit, dass sich die Ostdeutschen nicht permanent über die neue „Freiheit“ freuen - genauso verrückt wie das Nebeneinander von utopischem Beginn und

dumpf-nationalistischem Ergebnis der Jahre ab 1989 (siehe auch Artikel „Der kurze Herbst der Utopie“ auf Seite 2). Es erscheint mir daher hilfreicher, auf die „Wende“ der Wirtschaftsform zu schauen, also auf den Übergang von Staatssozialismus zu Kapitalismus.

Ideologiekritik im Staatssozialismus

An die Stelle der unbewussten Herrschaft des Marktes setzt der Staatssozialismus die bewusste Herrschaft des Apparats - und führt damit zugleich zu Emanzipation und Autoritätsdenken. Während er die Ausbeutung im Westen deutlich sichtbar macht und damit auch die Notwendigkeit des Sozialismus, widerlegt er dessen praktische Möglichkeit jeden Tag aufs Neue. Beispielsweise wird

noch deutlicher, dass der Profit der einzige Antrieb der kapitalistischen Produktion ist, wenn man vom Standpunkt der DDR aus schaut, in der der Arbeitstag viel weniger dicht war, die Produktionsmittel auch für private Zwecke und Projekte genutzt werden konnten und viel mehr Kontakt und Austausch mit den Kolleg*innen möglich war. Und dennoch war der Lebensstandard im Westen höher. Die DDR erklärt den Internationalismus der Arbeiterklasse zum Dreh- und Angelpunkt und kritisiert den in Staatsgrenzen denkenden Westen - was angesichts der offenkundigen Unvernunft von Staatsgrenzen ja auch richtig ist. Und doch wird der*die Einzelne im Staatssozialismus sogar noch mehr zum bloßen Rädchen im staatlichen Getriebe degradiert und das geringste Anzeichen von (vermeintlicher) Staatsfeindlichkeit kann in



Angeblich „sozialistische Bruderhilfe“, in Wahrheit Ausbeutung und Segregation - Vertragsarbeiter in der DDR

den Knast führen. Der Staatssozialismus enthüllt die Sinnlosigkeit des westlichen Konsums, setzt ihm aber nicht wahren Genuss und wahre Nützlichkeit entgegen, sondern bloß den Mangel. Der Schrecken der Arbeitslosigkeit und seine Sinnlosigkeit werden noch deutlicher, wenn jeder einen Job hat - und doch wurde das "Recht auf Arbeit" in der DDR bloß zum Arbeitszwang.

Der Staatssozialismus hat so „die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt“, bloß „damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage“ (Marx).

Kein Sinn für Widersprüche

So betrachtet erscheint es fast zwangsläufig, dass 1989/90 keine liberalen Staatsbürger aus den meisten DDR-Bürgern werden konnten. Die liberale Weltanschauung war zu gründlich als Unwahrheit enttarnt. Aber es gab eben auch (fast) keine positiven Anknüpfungspunkte im Staatssozialismus, aus denen der "wirkliche" Sozialismus hätte entwickelt werden können. Wie sollte ein Zusammenleben ohne Staat und Herrschaft aussehen, wie eine Wirtschaft ohne Markt funktionieren? Trotz 40 Jahren „Sozialismus“ war man der Antwort auf diese Fragen ja kein Stück nähergekommen.

Scheidet die halbgare, inkonsequente Gesellschaftsform der alten BRD für die DDR-Bürger*innen also weitgehend aus, verbleiben als Alternativen eben nur noch, entweder den Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen oder den als Herrschaft und Unvernunft erkannten Kapitalismus dennoch zu bejahen. Das Erste ist bekanntlich nicht passiert,

aber für das Zweite bedeutet nichts anderes, als sich selbst das Rückgrat zu brechen.

Muss man jeden Tag auf Arbeit, ohne sich einreden zu können, dass das (auch) Selbstverwirklichung sei, bringt man Menschen, die nicht arbeiten können oder wollen, wahrscheinlich eher Unverständnis als Härte entgegen - "da muss man halt durch". Erkennt man die Ausbeutung als solche, hat sich aber 1989 gesellschaftlich-kollektiv dennoch aktiv für den Kapitalismus entschieden, bleibt für Rücksicht kein Raum mehr: warum sollte es den anderen weniger schlecht gehen als einem selbst? Genauso ist es mit dem Staat: Sieht man in ihm den Garanten der Freiheit (schließlich kommen seine Gesetze einem selbst ja auch oft zugute und schützen eine*n vor den krassesten Auswirkungen des Marktes), scheint selbst für Subversion und Widerständigkeit Platz zu sein. Wurden die Grenzen dieser innerkapitalistischen Widerständigkeit und Freiheit jedoch in aller Deutlichkeit aufgezeigt, weil schließlich nicht jede*r 1989/90 „Zecke“ oder Marx-lesender Langzeit-Student werden konnte, blickt man vielleicht mit

weniger Rücksicht auf diejenigen, die von den Resten der Freiheit tatsächlich oder vermeintlich Gebrauch machen.

Diese Betrachtung erscheint mir hilfreicher als die Alternative zwischen Mitleid oder Herablassung. Aber anders als diese setzt sie eine Haltung gegen Kapitalismus und Staatssozialismus voraus, was der Grund sein könnte, sich lieber auf die Nachwendejahre zu fokussieren und das Leben der Ossis damit erst 1989 beginnen zu lassen.

Jan, LV Thüringen

Impressum

AJ -Die andere Jugend
1 –2020

Herausgeberin:
Sozialistische Jugend
Deutschlands –Die Falken
Bundesvorstand

Luise & Karl Kautsky Haus
Saarstraße 14, 12161 Berlin

Tel. (030) 26 10 30-0
aj-redaktion@wir-falken.de
www.wir-falken.de

V.i.S.d.P.:
Jana Herrmann

Redaktion:
Miriam Bömer, Steffen
Göths, Mona Schäfer, Jan
Schneider, Sascha Döring

Texte:
Sascha Döring, Michael
Eckbusch, Jana Herrmann,
Steffen Göths, Maria
Daldrop, Jan, AG Gedenken

Layout: Lena Schliemann
Collagen: Florian Herwig

Druck: BVZ Berliner
Zeitungsdruck GmbH

Gefördert aus Mitteln des
Kinder- und Jugendplans
des Bundes.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

„Lernen und Gedenken“: Rechtem Terror entgegentreten

Gewalt von Rechts setzt sich seit Ende des zweiten Weltkriegs kontinuierlich in Deutschland fort. Immer wieder kommt es zu Übergriffen, Gewalt und Terror von Rechts. Die rechte Gewalt in DDR und BRD, die #baseballschlägerjahre in den 90ern, die Morde und Anschläge des NSU, der Terroranriff auf eine Synagoge und einen Dönerimbiss in Halle sowie auf unter anderem eine Shisha-Bar in Hanau sind dabei nur einige Beispiele. Rassismus und weitere Fragmente rechter Ideologien lassen sich nicht nur in der rechten Szene finden, sondern auch in breiten Teilen der Gesellschaft. Sie prägen damit gleichermaßen die Auseinandersetzung mit als auch die (Nicht-)Bearbeitung von rechter Gewalt und Terror: In gesellschaftlichen und politischen Diskursen wird der alltägliche rechte Terror nur selten auf seine Ursachen wie Rassismus und Sozialdarwinismus zurückgeführt – nachhaltige politische Handlungen und dauerhafte Thematisierung derartiger Ideologiefragmente (auch und besonders in staatlichen Institutionen) bleiben aus. Selbst wenn ein Ereignis in der Öffentlichkeit bekannt wird, sind die Taten und Opfer oft schnell wieder vergessen. So fällt es leicht, Kontinuitäten zu ignorieren. Wir wollen das nicht zulassen und dem Vergessen ein Lernen und Gedenken entgegensetzen.

Während wir Falken bezüglich des Gedenkens an die NS-Verbrechen bereits Diskurse führen und eigene Konzepte entwickeln konnten, stehen wir dem gegenwärtigen rechten Terror oft nur ratlos gegenüber. Rechte Gewalt ist in Deutschland in erster Linie rassistisch motiviert, aber auch wir als Verband sind davon unmittelbar betroffen, wenn er sich gegen uns und andere Linke, unsere Handlungen und Positionen richtet. Besonders deutlich wurde das, als unsere norwegische Schwesterorganisation AUF vor knapp zehn Jahren Opfer eines rechten Terroranschlags wurde. Während eines Zeltlagers auf der Insel Utøya kamen dabei 69 Personen ums Leben – etwa die Hälfte davon Jugendliche.

Bis heute haben wir damit keinen Umgang gefunden, den wir für angemessen halten. Diese Entwicklung rechter Gewalt erfordert eine andere Art des Gedenkens, die uns auffängt, stärkt und bildet und in der die Bedürfnisse von Betroffenen bedeutsam sind. Dafür wollen wir neue Gedenkkonzepte und -methoden entwickeln. Hierbei soll das „Lernen“ eine wichtige Rolle spielen – wir als AG wollen Bildungsmaterialien erstellen und zusammentragen, die wir im Verband einsetzen können, um Wissen über rechten Terror zu vermitteln und Forderungen

an eine andere Gesellschaft formulieren zu können. Dies geschieht insbesondere mit Blick auf die Vorbereitung und Durchführung eines Camps 2021 auf Utøya, bei dem wir des Anschlags vor zehn Jahren und seinen Opfern gedenken wollen. Wir möchten ein Gedenken an rechte Gewalt und ihre Opfer etablieren – im Verband und darüber hinaus, um das momentane gesellschaftliche Bewusstsein zu stören, ideologische Kontinuitäten sichtbar zu machen und eine Aufarbeitung des Rechten Terrors seit 1945 einzufordern.

Die Einrichtung der AG Lernen und Gedenken gegen rechten Terror erfolgte durch einen Beschluss der Bundeskonferenz 2019 in Herten. Die AG erarbeitet Gedenk- und Bildungskonzepte und trägt ihre Ergebnisse durch Seminare und auf den Bundesausschüssen in den Verband zurück. Dabei arbeiten wir auf eine Verbandsveranstaltung im Mai 2021 hin. Auch in den Verbandspublikationen wie etwa der AJ sollen zu dem Thema Schwerpunktheft erarbeitet werden. Die AG besteht aus derzeit 15 Genoss*innen aus dem ganzen Verband und trifft sich regelmäßig an wechselnden, gut erreichbaren Orten. Ansprechbar im Bundesbüro ist dafür Sabine Troitzsch.





Ab 1959 organisierten verschiedene Falkengliederungen Gedenkstättenfahrten mit vielen tausend Jugendlichen in ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis. Sie setzten sich nach 1945 für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen ein, deren Zeitzeugen viele als Kinder und Jugendliche geworden waren. Diese zeitliche Nähe machte die Thematisierung gleichzeitig drängend und naheliegend, führte aber auch zu gesellschaftlichem Widerstand gegen die Erkenntnis, dass Verbrechen und gesellschaftliche Normalität nah beieinander liegen.

Solche Gedenkstättenfahrten stellten eine innovative pädagogische Methode dar um den Zivilisationsbruch der Shoah und des nationalsozialistischen Terrors politisch zu verarbeiten. Heute brauchen wir ebenfalls neue Methoden und Projekte um den neuen Rechten Terror zu verarbeiten und seiner Opfer zu Gedenken.



Arbeitsmarkt oder Arbeitszwang - Wie ostdeutsch bist du?

1

Wenn ich George Clooney sehe, denke ich:

- a. »So gepflegt wäre ich auch gerne.«
- b. »Der hat doch nie gearbeitet.«

2

Bei »beruflichen Netzwerken«

- a. sitze ich wie die Spinne in der Mitte.
- b. bleibe ich außen vor, ich überzeuge durch Leistung.

3

Bei Firmenfeiern, Messen und Vernetzungstreffen

- a. interessieren mich nur die Gratis-Getränke.
- b. versuche ich, möglichst viele meiner Visitenkarten zu verteilen.

4

Zu beruflich-fachlichen Vorträgen und Weiterbildungen gehe ich, um

- a. etwas zu lernen.
- b. mich möglichst gut zu verkaufen.

5

Mein heimlicher Berufswunsch ist

- a. Influencer.
- b. Arbeiter*in in der Stahlfabrik.

6

Den Satz von Marx, dass »in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft«, »die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis« wird, finde ich

- a. grundfalsch.
- b. höchstens theoretisch falsch, emotional spricht er mich schon irgendwie an.

7

Wenn ich mir einen einfachen, kleinen Geräteschuppen in den Garten bauen würde, würde ich für das Fundament

- a. - Moment, was für ein Fundament?
- b. eine völlig überdimensionierte Grube ausheben und mit tonnenweise Beton ausgießen, sicher ist sicher.

8

Wenn in einem Unternehmen etwas grundfalsch läuft, denke ich spontan:

- a. »Diese Branche gehört in Staatshand!«
- b. »Da ist die Gewerkschaft wohl noch nicht stark genug.«

9

Reden und Diskussionen finde ich

- a. ein ganz wichtiges Mittel, wir brauchen mehr Aushandlung und Dialog.
- b. maßlos überschätzt, da kommt doch am Ende eh nichts bei raus.

10

Wenn im Hotel das Geschirr abgeräumt wird oder Leute für mich saubermachen, finde ich das

- a. immer sehr unangenehm, das kann ich doch selbst machen.
- b. völlig legitim, ich bezahle ja schließlich dafür.

Auswertung

FÜR FOLGENDE ANTWORTEN GIBT ES JEWEILS 10 PUNKTE: 1B, 2B, 3A, 4A, 5B, 6B, 7B, 8A, 9B, 10A.

90 - 100 Punkte: Du bist ein Werk­tätiger wie aus dem Bilderbuch des sozialistischen Realismus. Du stehst ein für die "Fortsetzung der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterklasse" (Präambel der DDR-Verfassung) und kannst mit dem Arbeitsmarkt rein gar nichts anfangen. Lenin wäre stolz auf dich. Aber du solltest aufpassen, die kapitalistischen Vermittlungsformen wie Geld, Ware, Rechtsstaat nicht ausschließlich als Verhüllung zu betrachten - sie bergen eine Freiheit und Milde, die nicht so leicht zu ersetzen ist, wie sie abgeschafft werden kann.

60 - 80 Punkte: Menschen wie du haben den Sozialismus aufgebaut: Du bist zupackend,

bescheiden und erledigst die Arbeit, die nunmal getan werden muss. Dabei bist du aber auch kein "150-Prozentiger", der in jeder Lebenslage eine sozialistische Parole zum Besten gibt und materielle Bescheidenheit durch politische Macht kompensieren möchte. Das System ist Dir weitgehend egal, du möchtest einfach das Richtige tun.

30-50 Punkte: Du kritisierst den Markt, aber mit dem Realsozialismus kannst du noch weniger anfangen. Du magst Rechtsstaat, Demokratie und die gesetzliche Krankenversicherung, bist nachsichtig mit den ökonomisch Schwachen und findest, die Reichen könnten schon etwas mehr bezahlen.

Du sagst "Bildung ist keine Ware", "Wohnen ist ein Menschenrecht" oder "Arbeit muss sich lohnen". Am liebsten würdest du Willy Brandt wählen, aber leider gibt es solche Politiker ja heute nicht mehr.

0-20 Punkte: Leute wie du wären in die BRD geflohen! Du siehst nicht ein, dir die wenigen Vorzüge des Kapitalismus entgehen zu lassen, nur damit am Ende doch nichts besser wird und doch nur andere damit reich werden. Von Idealisten darauf angesprochen sagst du gern: "Es gibt kein richtiges Leben im falschen." Mit Memes von Genosse Kevin kannst du nichts anfangen. Chop chop!

Rezept

Original
Jägerschnitzel



Zutaten:

Jägerschnitzel

8 Scheiben Jagdwurst
(ungefähr fingerdick)
2 Eier
etwas Mehl
Semmelbrösel
etwas Öl, Margarine oder
Butterschmalz zum Braten

Tomatensoße

knapp 100g Tomatenmark
200g Ketchup
1 Gemüsezwiebel
2 EL Mehl
etwas Butter
Salz, Pfeffer

Zubereitung:

Jägerschnitzel

1. Jagdwurstscheiben nacheinander in Mehl wenden
2. Eier mit Semmelbrösel verrühren und die Jagdwurst darin panieren
3. Jagdwurstscheiben in einer Pfanne mit bsw. Margarine anbraten, bis sie goldbraun sind

Tomatensoße

1. Zwiebel in Würfel schneiden und in einem Topf mit Butter andünsten
2. Tomatenmark und Mehl dazugeben und unter ständigem Rühren anschwitzen
3. mit Wasser auffüllen bis eine sämige Konsistenz entsteht
4. Ketchup dazugeben und aufkochen, dabei ständig weiterrühren
5. ca. 10 Minuten köcheln lassen und mit Salz und Pfeffer abschmecken

Die Zubereitungszeit beträgt ungefähr 30 Minuten. Als Beilage empfehlen wir Riesaer Spirelli-Nudeln.